



Ausschuss für Kommunalpolitik

57. Sitzung (öffentlich)

9. Mai 2014

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 11:15 Uhr

Vorsitz: Christian Dahm (SPD)

Protokoll: Michael Roeßgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

7

Die Tagesordnung gemäß Einladung E 16/698 wird ohne Änderungen angenommen.

1 Gesetz zur Aufhebung des Tariftreue- und Vergabegesetzes Nordrhein-Westfalen

8

Gesetzentwurf
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/4443

Ausschussprotokoll 16/496

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen –

Nach Aussprache wird der Gesetzentwurf der FDP mit den Stimmen von SPD, GRÜNEN und PIRATEN gegen die Stimmen von CDU und FDP abgelehnt.

2 Regelung der Verleihung von Körperschaftsrechten an Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften (Körperschaftsstatusgesetz) 13

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD,
der Fraktion der CDU,
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der Fraktion der FDP und
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/4151

Ausschussprotokoll 16/504

Der Gesetzentwurf aller Fraktionen wird mit den Stimmen von SPD, CDU, Grünen und FDP bei Enthaltung der Piraten einstimmig angenommen.

3 Gesetz zur Offenlegung der Bezüge von Sparkassenführungskräften im Internet 14

Gesetzentwurf
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/4165

Ausschussprotokoll 16/475

Der Gesetzentwurf der PIRATEN wird mit den Stimmen von SPD, GRÜNEN und CDU gegen die Stimmen der PIRATEN bei Enthaltung der FDP abgelehnt. – Eine entsprechende Mitteilung geht an den federführenden Haushalts- und Finanzausschuss.

4 Gesetz über die Änderung des Kinderbildungsgesetzes und weiterer Gesetze 19

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/5293

Ausschussprotokoll 16/533

Nach kurzer Aussprache nimmt der Ausschuss den Gesetzentwurf mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und FDP bei Enthaltung der PIRATEN an. Das Votum wird dem federführenden Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend mitgeteilt.

- 5 Sachstandsbericht zur FiFo-Arbeitsgruppe bezüglich der Fortentwicklung des Gemeindefinanzierungsgesetzes 21**
- Bericht
der Landesregierung
- Bericht durch MDgt Johannes Winkel (MIK) 21
- 6 Aktueller Sachstand Bildungs- und Teilhabepaket 24**
- Bericht
der Landesregierung
- Bericht durch RB Dr. Hans Lühmann (MAIS) 24
- Aussprache 28
- 7 Überschuldung von NRW-Kommunen 31**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 16/1863
- Aussprache 31
- 8 Der Bund darf sich nicht auf Kosten der Kommunen bereichern – Abschöpfungseffekte bei der Eingliederungshilfe stoppen 32**
- Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/4818
- Die FDP-Fraktion beantragt zu diesem Thema ein Experten-
gespräch. Einzelheiten sollen in der Obleuterunde geklärt
werden.

9 Transparenz bei kommunalen Sozialausgaben herstellen – Task Force „Kommunale Sozialkosten“ einrichten **33**

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/5268

Seitens der antragstellenden Fraktionen wird ein Sachverständigengespräch beantragt. Im Obleutegespräch sollen die Einzelheiten verabredet werden.

10 Gesetz zur Stärkung der Partizipation auf Kommunalebene **34**

Gesetzentwurf
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/5474

Stellungnahme 16/1693 (Kommunale Spitzenverbände)

Mit den Stimmen aller Fraktionen wird eine Anhörung zu dem Gesetzentwurf der Fraktion der PIRATEN beschlossen. Einzelheiten sollen in einem Obleutegespräch verabredet werden.

11 Die Landesregierung muss zugunsten der Kommunen für Verteilungsgerechtigkeit bei der Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft sorgen **35**

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/5445

– Aussprache **35**

12 Gesetz zur Regelung des Vollzugs der Freiheitsstrafe und zur Änderung des Jugendvollzugsgesetzes in Nordrhein-Westfalen **36**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/541

Der Ausschuss kommt überein, dass er sich an einer Anhörung nachrichtlich beteiligt.

**13 Zweites Gesetz zur Änderung des Krankenhausgestaltungsgesetzes
des Landes Nordrhein-Westfalen 37**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/5412

Der Ausschuss kommt überein, dass man sich an der geplanten Anhörung nachrichtlich beteiligen werde.

14 Freizügigkeit klug gestalten: Schlepperbanden und Missbrauch bekämpfen 38

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/5489

In Verbindung mit:

Freizügigkeit klug gestalten: Not sehen, wirksam helfen

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/5490

Der Ausschuss kommt überein, sich im Rahmen der Mitberatung der oben genannten Anträge an der gemeinsamen Anhörung des Integrationsausschusses und des Innenausschusses am 18.06.2014 nachrichtlich zu beteiligen.

**15 Moratorium jetzt: Landesregierung muss ihren missglückten Entwurf
einer Novelle des Landesentwicklungsplans sofort zurückziehen! 39**

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/5487

Ohne Aussprache lehnt der Ausschuss mit den Stimmen von SPD, GRÜNEN und PIRATEN gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der FDP den Antrag der Fraktion der CDU ab. Das Votum wird dem federführenden Wirtschaftsausschuss mitgeteilt.

- 16 Entwurf einer Dritten Verordnung zur Änderung der Ausführungsverordnung zum Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch (SGB XII) des Landes Nordrhein-Westfalen (AV SGB XII NRW) vom 16. Dezember 2004 40**

Vorlage 16/1853

Der Ausschuss verzichtet auf eine Aussprache. – Damit gilt die erforderliche Anhörung des Ausschusses als durchgeführt.

- 17 Verschiedenes 41**

Keine Anmerkungen

* * *

2 Regelung der Verleihung von Körperschaftsrechten an Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften (Körperschaftsstatusgesetz)

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD,
der Fraktion der CDU,
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der Fraktion der FDP und
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/4151

Ausschussprotokoll 16/504

Vorsitzender Christian Dahm schickt voraus, dass am 16. Oktober 2013 das Plenum den Gesetzentwurf zur Mitberatung an den AKo überwiesen habe. Der federführende Hauptausschuss habe dazu am 20. März 2014 Sachverständige angehört, woran sich der Ausschuss nachrichtlich beteiligt habe. Nach dem vorliegenden Sitzungsprotokoll bitte der federführende Ausschuss nun um das Votum.

Michael Hübner (SPD) gibt den Verfahrenshinweis, dass im Hauptausschuss noch Diskussionsbedarf bestehe. Nichtsdestotrotz seien die kommunalpolitischen Themen abgeräumt und er rege an, heute ein Votum abzugeben.

Frank Herrmann (PIRATEN) merkt an, da seine Fraktion noch nicht wisse, was im Einzelnen im Hauptausschuss noch diskutiert werde, werde er sich für seine Fraktion enthalten.

Der Gesetzentwurf aller Fraktionen wird mit den Stimmen von SPD, CDU, Grünen und FDP bei Enthaltung der Piraten einstimmig angenommen.

